

Die Bullen sind vom Eis

Nicht Angela Merkel und auch nicht Andrea Nahles haben die aktuelle Regierungskrise ausgelöst. Es waren der Dauerstörenfried Horst Seehofer und **sein** Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen. Deshalb haben wir auf die übliche Floskel, dass die „Kuh vom Eis“ sei, verzichtet, und sie vermaskulinisiert, auch wenn es diese Wortschöpfung nicht gibt.

Maaßens Fehlverhalten bezieht sich nicht allein auf den Vorgang um die Deutung eines Videos aus Chemnitz und ein Interview in der Bild-Zeitung dazu, sondern auch auf andere Punkte, die wir **am Ende dieses Beitrages noch einmal aufgelistet haben**. Maaßen fehlt jede Einsicht auf sein Fehlverhalten. Ihm fehlt schlicht und einfach die Größe einer kritischen Selbstbewertung und die daraus zwingend notwendige Folge, nämlich selbst zurückzutreten. Hätte er dies gleich bei Eskalationsstufe 1 nach dem Bild-Interview und die Reaktionen darauf getan, hätte die jetzige Lösung mit einem gewissen Anstandsabstand, und vor allem nach der Bayern- und Hessen-Wahl im Oktober, genauso umgesetzt werden können. Eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bedeutet einstweilig und jederzeit wieder einsetzbar. Von dieser Möglichkeit haben Seehofer und Maaßen keinen Gebrauch gemacht. Ihr Verhalten ist die Brechstangenmethode unter Inkaufnahme von Kollateralschäden in allen Parteien. Unter Seehofers und Maaßens Sturheit haben letztlich nicht nur die SPD, sondern auch CDU und CSU gelitten.

Für mich nach wie vor unfassbar ist der Umstand, dass Merkel, Nahles und Seehofer gedacht haben, dass ihr Deal geräuschlos akzeptiert würde. Wie kann man glauben, dass man jemand, den man zurücktreten will mit einer Beförderung zum Staatssekretär und rund 3.000 Euro mehr Besoldung pro Monat belohnen kann? Und als Zugabe für die SPD sollte auch noch ein Staatssekretär ihrer Zugehörigkeit, der nichts mit den ganzen Vorgängen zu tun hat, geopfert werden, damit in sein Büro der Herr Maaßen einziehen kann. Jedes Kind, das mit seinen Eltern regelmäßig Nachrichtensendungen sieht und hört, wäre über diesen Deal allein aus Gerechtigkeitsgründen empört gewesen. Alle, die in Straßenumfragen zu Wort kamen, waren sich in der Bewertung des Vorganges einig: grenzenloses Unverständnis. Wie konnte es nur zu dieser Fehleinschätzung kommen? Es ist ein immenser Schaden entstanden. Wenn unsere drei Spitzenpolitiker, die Vorsitzenden von CDU, SPD und CSU so abgehoben und weit weg von jeder realistischen Einschätzung einer Lage sind, was könnte den Dreien bei

noch bedeutenderen Vorgängen an Fehleinschätzungen unterlaufen?

Andrea Nahles hat gerade noch einmal die Kurve gekriegt, auch wenn man sie durch diese tragen musste. Merkel und Seehofer haben das Angebot von Nahles, nachzuverhandeln, dankbar angenommen, weil auch sie mit dem Rücken an der Wand standen. Wes Geistes Kind der greise Bayernfürst ist, unterstrich er noch kurz vor dem Gespräch am Sonntag in dem „halbamtlichen Regierungsblatt“ BILD. Sofort stellte er wieder Forderungen, anstatt einfach mal die Fresse zu halten. Er werde Maaßen nicht entlassen und es müsse ein tragfähiger Vorschlag auf dem Tisch liegen, sonst käme er erst gar nicht ins Kanzleramt. Diese Haltung ist doch völlig abwegig. Nicht irgendwer, sondern er war in der Bringschuld einer Lösung. Dass Maaßen sich jetzt mit der Besoldung eines Abteilungsleiters in Seehofers Besenkammer als „Sonderberater“ um was auch immer kümmern soll, ist zwar immer noch ein Skandal, aber das kleinere Übel. Ja, Seehofer braucht dringend Beratung. Eher aber durch jemand mit einer anderen Ausbildung als Maaßen.

Die Gehaltserhöhung ist vom Tisch, B9 bleibt, auch die Versetzung des SPD-Staatssekretärs Gunther Adler in den einstweiligen Ruhestand. Das ist die wirklich gute Nachricht, denn Adler, der Bauexperte im Innen- und Bauministerium, kann sich jetzt um das Thema Wohnungsbau in Deutschland kümmern, zu dem ein Gipfel am letzten Freitag im Kanzleramt stattfand.

Der Wunsch aller Bundesminister ist es, dass sich das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit jetzt wieder auf ihre Arbeit konzentriert: auf Renten, Kinderbetreuung, Bildung, Wohnen, Arbeiten und vielem mehr. Ich bin weit entfernt von hellseherischen Fähigkeiten, glaube aber nicht daran, dass jetzt Ruhe einkehren wird. Gestern Abend im ZDF „heute journal“ kündigte sich der nächste Konflikt an. Im Tagesspiegel Newsletter Checkpoint von Lorenz Maroldt lesen wir heute früh dazu: *„Aber, aber, keine Koalitionsshow ohne Zugabe: Oktoberfestminister Seehofer erklärte anschließend, diese Lösung (inkl. dem Verbleib von Baustaatssekretär Adler, der am Wochenende vom Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine als Zeichen des Protests gegen seine Absetzung als Ehrenmitglied aufgenommen wurde) hätte die SPD bereits in der vergangenen Woche haben können, aber nicht gewollt. SPD-Chefin Nahles ließ dementieren, Fortsetzung folgt. Was würde Ex-Verfassungsschutzchef Maaßen wohl zu den ausgestrahlten Aufnahmen der Aufführung sagen, z.B. zum großartig geführten Interview von Marietta Slomka mit Olaf Scholz. Vermutlich sowas wie ‚Nach meiner vorsichtigen*

paperpress newsletter

24. September 2018

Bewertung sprechen gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Chaos in Berlin abzulenken.“

Andrea Nahles hat bewiesen, dass ihr Krisenmanagement im Fall Maaßen nicht das beste war. Aber eine zweitschlechte Lösung, wie jetzt gefunden, abzulehnen und dafür die schlechteste aller Lösungen zu akzeptieren, traue ich Nahles nicht zu. Der Streit darüber jedoch ist noch nicht vom Tisch. So lange Horst Seehofer im Amt ist, wird es keine Ruhe in der Regierung geben. Die AfD hingegen kann jeglichen Wahlkampf einstellen. Sie braucht mit keinen zwielichtigen Leuten mehr durch die Straßen marschieren und kann auch im Bundestag die Klappe halten. Die Protestwähler laufen ihr in Scharen zu. Die Wählerwanderungsbalken von CDU, SPD und CSU zur AfD werden immer dicken.

Am 13. September veröffentlichte die **Berliner Zeitung** eine „**Chronologie der Verfehlungen** - Fünf Fälle, in denen Maaßen hätte anders handeln müssen.“ Auszugsweise zitieren wir aus dem Artikel.

Leak an AfD: Nach Recherchen der ARD soll Maaßen Inhalte aus dem Verfassungsschutzbericht 2017 bereits Wochen vor dessen Veröffentlichung an die Bundestagsfraktion der AfD preisgegeben haben. Demnach bestätigte Stephan Brandner (AfD), Vorsitzender des Rechtsausschusses, dem Magazin „Kontraste“ ein gut einstündiges Gespräch mit Maaßen vom 13. Juni: „Wir haben uns da über verschiedene Zahlen unterhalten, die da drinstehen.“ Konkret sei es um islamistische Gefährder gegangen sowie um Zahlen zum Haushalt des Geheimdienstes, die mit dem Bericht erst knapp fünf Wochen später veröffentlicht wurden. Maaßen dementierte daraufhin den Vorwurf. „Das ist selbstverständlich nicht der Fall“, teilte der Geheimdienstchef mit. Gespräche mit Abgeordneten aller Bundestagsparteien fänden auf ausdrücklichen Wunsch des Innenministeriums statt, dem Maaßens Behörde untersteht. Dabei gehe es um die aktuelle Sicherheitslage, mitunter auch um islamistischen Terrorismus.

Chemnitz: Für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war es eine „Hetzjagd“, unisono sprach auch Regierungssprecher Steffen Seibert davon, dass es bei den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz eben dazu kam. In der „Bild“-Zeitung widersprach der Verfassungsschutzpräsident: Seiner Behörde lägen „keine belastbaren Informationen“ darüber vor, dass es bei den Aufmärschen in Chemnitz zu Hetzjagden gekommen sei. Stattdessen warf er den Medien „gezielte Falschinformation“ vor und hielt ein im Internet

kursierendes Video, das eine rechtsextreme Attacke dokumentiert, zunächst für nicht glaubwürdig. Später erklärt er in einem Schreiben an Innenminister Horst Seehofer (CSU), nicht das Video sei gefälscht, sondern er sei falsch verstanden worden: Er zweifele nicht an der Echtheit des Videos, sondern daran, dass es eine „authentische“ Menschenjagd zeige.

Petry und Gauland: Mit der Buchveröffentlichung der AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber wurde vor wenigen Wochen bekannt, dass Maaßen die ehemalige Parteichefin Frauke Petry getroffen haben soll. In den Gesprächen soll der Verfassungsschutzpräsident unter anderem strategische Ratschläge gegeben haben, wie die rechtspopulistische Partei einer Beobachtung durch seine Behörde abwenden könne. Nach der Sommerpause berichtete auch Alexander Gauland von dreimaligen Kontakten mit Maaßen, der den AfD-Vorsitzenden zuvor gefragt hatte, „ob wir uns mal unterhalten könnten“. Dabei habe der Verfassungsschutzpräsident zwar „in keiner Weise uns irgendwelche Ratschläge“ gegeben, Gauland aber ein offenes Ohr angeboten, sollte es Probleme geben.

Anis Amri: Hatte Maaßens Behörde auch in der Causa Anis Amri Finger im Spiel – wider offizieller Bekundungen? Ja, so berichteten es jedenfalls unlängst ARD, RBB und die „Berliner Morgenpost“. Ein gemeinsames Rechercheteam konnte ein Dokument einsehen, aus dem hervorgeht, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz einen V-Mann im Umfeld jener Moschee platziert hatte, in welcher der spätere Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz aus- und einging.

Fall Kurnaz: Maaßen, vor seinem Antritt als Verfassungsschutz-Präsident Referatsleiter für Ausländerrecht im Innenministerium, hatte der damals rot-grünen Bundesregierung die rechtliche Grundlage dafür vorgelegt, dem in Bremen geborenen türkischen Staatsbürger Kurnaz im Falle einer Freilassung aus dem US-Lager Guantánamo die Wiedereinreise nach Deutschland zu verhindern. Die US-Behörden stuften ihn bald als ungefährlich ein, aber Maaßen argumentierte, das Aufenthaltsrecht des vermeintlichen „Terrorkämpfers“ Kurnaz sei erloschen, da er sich „länger als sechs Monate im Ausland“ aufgehalten habe und sich nicht bei den Behörden gemeldet habe. Das Verwaltungsgericht Bremen gestand indessen zu, dass sich Kurnaz ob der Umstände nicht habe melden können, später kam er frei – heute engagiert sich Kurnaz in Bremen als Flüchtlingshelfer.

Auf einen so hervorragenden Mitarbeiter wie Maaßen kann Horst Seehofer natürlich nicht verzichten. Nein, die Bullen sind doch noch nicht vom Eis.

Ed Koch